

Verwaltung des Kantons Solothurn
Förderung der Nachhaltigen Entwicklung
Nachhaltigkeitserklärung und
Massnahmenprogramm 2011-2014

Schlussversion

Balsthal, 15. September 2011

1. Ausgangslage

Nach Art. 2 der Bundesverfassung fördert die Schweizerische Eidgenossenschaft die Nachhaltige Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ wird gemäss Bundesrat als „umfassender Prozess zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Schweiz verstanden, in dem Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt werden“.

Im Leitbild und Regierungsprogramm strebt auch der Regierungsrat des Kantons Solothurn eine Nachhaltige Entwicklung an. Die kantonale Verwaltung hat durch ihren weiten Wirkungsradius ein grosses Potenzial, einen wesentlichen Beitrag an die Nachhaltige Entwicklung des Kantons Solothurn zu leisten.

Bereits im Jahr 2008 haben sich diverse Ämter mittels einer Nachhaltigkeitserklärung dazu verpflichtet, Massnahmen zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Viele dieser Massnahmen wurden seither erfolgreich umgesetzt (vgl. Anhang). Das nun vorliegende, neue Massnahmenprogramm basiert auf den Erfahrungen aus der Arbeit mit den ersten Nachhaltigkeitserklärungen, umfasst weitergehende Aktivitäten der Verwaltung für die Jahre 2011-2014 und unterscheidet zwischen externen und internen Wirkungen.

Die Ausarbeitung dieses Massnahmenprogramms und Unterzeichnung der Nachhaltigkeitserklärung ist ein Ausdruck gemeinsamer Bemühungen der beteiligten Ämter der kantonalen Verwaltung und der kantonalen Trägerschaft, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten.

2. Attest der kantonalen Trägerschaft zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung

Die kantonale Trägerschaft attestiert den beteiligten Ämtern vor dem Hintergrund der geplanten Massnahmen, einen Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung des Kantons Solothurn im Sinne der Agenda 21 zu leisten.

3. Erfolgskontrolle und Berichterstattung

Die beteiligten Ämter der kantonalen Verwaltung legen jeweils mit einem kurzen Controlling-Bericht per Ende Jahr über die durchgeführten Massnahmen und die erreichten Ziele Rechenschaft ab (erstmalig per 31.12.2012). Dabei werden sie durch die kantonale Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 unterstützt. Zudem macht die Geschäftsstelle die erbrachten Leistungen öffentlich bekannt (z.B. über die Internetplattform www.agenda21-so.ch, gemeinsame Medieninformationen, etc.).

4. Befristung und Option auf Verlängerung

Die Nachhaltigkeitserklärung gilt bis am 31.12.2014. Die Geschäftsstelle LA 21 und die beteiligten Ämter bereiten eine Verlängerung rechtzeitig vor.

Solothurn, im September 2011

**Kantonale Trägerschaft zur
Förderung der Nachhaltigen Entwicklung**

Staatskanzlei

Walter Straumann
Regierungsrat, Präsident Trägerschaft

Andreas Eng
Staatsschreiber

Amt für Raumplanung

Bernard Staub, Amtschef*

* Bernard Staub unterzeichnet für das Amt für Raumplanung als Stabsstelle Nachhaltigkeit und stellvertretend für folgende Ämter / Dienststellen und Personen:

- Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA, Jonas Motschi, Amtschef
- Amt für soziale Sicherheit ASO, Marcel Châtelain, Amtschef
- Amt für Umwelt AfU, Martin Würsten, Amtschef
- Amt für Wald, Jagd und Fischerei AWJF, Jürg Froelicher, Amtschef
- Amt für Landwirtschaft ALW, Robert Flückiger, Amtschef
- Amt für Verkehr und Tiefbau AVT, Peter Heiniger, Amtschef
- Hochbauamt HBA, Bernhard Mäusli, Amtschef
- Amt für Gemeinden AGEM, André Grolimund, Amtschef
- Personalamt PA, Walter Stäheli, Amtschef
- Amt für Finanzen AFin, Andreas Bühlmann, Amtschef
- Amt für Informatik und Organisation AIO, Thomas Burki, Amtschef
- Amt für Kultur und Sport AKS, Cäsar Eberlin, Amtschef
- Gesundheitsamt GESA, Heinrich Schwarz, Amtschef
- Amt für Berufsschule, Mittel- und Hochschulen, Andreas Brand, Amtschef
- Amt für Volksschule und Kindergarten AVK, Andreas Walter, Amtschef
- Drucksachenverwaltung und Lehrmittelzentrale, Peter Schiltknecht, Leiter

5. Massnahmenprogramm zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung in den Jahren 2011-2014.

5.1 Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung

a.) Leitziele der kantonalen Verwaltung zur Setzung von Rahmenbedingungen als ökologischer, ökonomischer und sozialer Arbeitgeber

Das Massnahmenprogramm basiert auf den **drei Legislaturzielen** der Regierung des Kantons Solothurn

- Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Kanton Solothurn stärken
- Natürliche Lebensgrundlagen schützen
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren

Die kantonale Verwaltung ...

Arbeitsbedingungen	... entwickelt fortschrittliche Arbeitsbedingungen, Besoldungs- und Sozialleistungen und einen angemessenen Kündigungsschutz über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrages.
Lernende Organisation	... versteht sich als lernende Organisation und legt Wert auf eine kontinuierliche berufliche und persönliche Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden
Besondere Arbeitsplätze	... bietet Arbeitsplätze für Lernende, Praktika, Stellen für Leihabgänger/innen und für Menschen mit Teilleistungsschwächen, Funktionsbeeinträchtigungen oder Behinderungen
Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Work-Life-Balance	... ermöglicht die erhöhte Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine Work-Life-Balance über ein Angebot an Teilzeitarbeit, Kinderbetreuung oder finanzielle Unterstützung an die externe Kinderbetreuung und sichert die geschlechtsunabhängigen Karrieremöglichkeiten zu
Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung	... ermöglicht über die Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung ein gesundes Arbeitsklima
Fair-Play	... schafft mit Fair-Play-Regeln eine Unternehmenskultur der Mitwirkung, des Vertrauens, der Transparenz und offenen Kommunikation sowie der Anerkennung und Wertschätzung der geleisteten Arbeit und der Person.
Mitarbeiterzufriedenheit	... erfasst in regelmässigen Umfragen die Zufriedenheit der Mitarbeitenden, formuliert Umsetzungsmassnahmen für signifikante Problemlagen und prüft die Umsetzung von entsprechenden Verbesserungsvorschlägen
Ressourceneinsatz	... setzt Anreize für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen.
Wirtschaftlichkeit	... setzt bei ihren Tätigkeiten auf Wirtschaftlichkeit.

b.) Massnahmen des Kantons Solothurn zur Setzung von Rahmenbedingungen als ökologischer, ökonomischer und sozialer Arbeitgeber

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung intern	Positionierung des Gesamt-Regierungsrats für Nachhaltige Entwicklung	Die Ausarbeitung des Leitbildes 2013–2016 des Regierungsrates wird begleitet mit dem Ziel, dieses verstärkt auf eine Nachhaltige Entwicklung auszurichten. Über die Umsetzung des Leitbildes wird der Öffentlichkeit in einem Nachhaltigkeitsbericht am Ende der Legislaturperiode Bericht erstattet.	Das Leitbild 2013–2016 des Regierungsrates basiert auf der Grundlage der Nachhaltigen Entwicklung. Ein einfacher Nachhaltigkeitsbericht wird verfasst und von der Öffentlichkeit wahrgenommen.	ARP
	Kantonales Schwerpunktprogramm Nachhaltige Entwicklung	Das Schwerpunktprogramm zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung 2012–2014 wird ausformuliert und umgesetzt.	Das Schwerpunktprogramm liegt im Herbst 2011 vor, wird vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und ab 2012 umgesetzt.	ARP
	Rahmenbedingungen für die Verwaltung – WOV	Die kantonale Verwaltung positioniert sich unter dem Titel Corporate Social Responsibility (CSR) als Dienstleistungsunternehmen, das Gesellschaftsverantwortung übernimmt.	Anzahl der Ämter, welche CSR-Aktivitäten aufnehmen.	ASO Ganze Verwaltung
		Die WOV-Kriterien werden auf ihren Beitrag an eine Nachhaltige Entwicklung überprüft und wenn nötig ergänzt.	Eine Prüfung der WOV-Kriterien findet statt. Die WOV ist mit NH-Kriterien und Indikatoren ergänzt.	AFIN
	Globalbudgets	Die beteiligten Ämter reichen ihre Globalbudgets frühzeitig beim AFIN ein. Die Globalbudgets werden auf Wunsch einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen und es werden Optimierungsvorschläge unterbreitet.	Bei den beteiligten Ämtern findet eine Nachhaltigkeitsbeurteilung der Globalbudgets statt, wo nötig werden Anpassungen vorgenommen.	AFIN
	Ämterbeteiligung	Die Begleit- und die Fachgruppe "Lokale Agenda 21 Kanton Solothurn" sowie das Personalamt, das Amt für Informatik und die Staatskanzlei werden nach Bedarf eng in die Umsetzung des Programms zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung mit einbezogen.	Den beteiligten Ämtern stehen genügend Ressourcen zur Verfügung, um die Umsetzung des Programms zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung zu begleiten.	ARP Ämter der Begleit- und der Fachgruppe LA21.
	Steuerung der Nachhaltigen Entwicklung im Amt	Die kantonalen Ämter wenden das Instrument «proofit» an, um ihre Nachhaltigkeitsprozesse zu steuern. Sie werden bei Bedarf durch die Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 Kt. SO unterstützt. www.proofit.ch	Das Instrument wird in der KoKo vorgestellt. Interessierten Ämtern wird das Instrument «proofit» im Detail erklärt, die Anwendung des Instruments wird geschult. Sie wenden das Instrument an und werden bei Bedarf unterstützt.	ARP/SK mit ASO Ganze Verwaltung
	Finanzierung und fachliche Begleitung der GS LA21.	Umsetzung Schwerpunktprogramm zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung.	Jahresprogramm und Geschäftsbericht	ARP Kantonale Begleit- und Fachgruppe

5.2 Energie und Klima

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung intern	Organisation	Es wird ein Gremium gebildet, welches ein umfassendes Energiekonzept (basierend auf den Erfahrungen mit dem Energiekonzept 2003) ausarbeitet, die Umsetzung begleitet und eine Erfolgskontrolle durchführt.	Ein Energiekonzept liegt vor und wird umgesetzt. Die Umsetzung wird einer Erfolgskontrolle unterzogen.	Energiefachstelle
	Stromverbrauch	Energieberatung für kantonale Ämter, v.a. auch im Bereich „Beleuchtung“. Das HBA und die Energiefachstelle erstellen ein einfaches Merkblatt oder eine Checkliste und zeigen darin auf, wie die Amtsstellen ihren Stromverbrauch reduzieren können.	Jährlicher Stromverbrauch nimmt ab.	HBA Ganze Verwaltung
	Energieleitbild Bauten	Umsetzung des Energieleitbildes für Bauten bei allen Bauvorhaben. Das HBA stützt zudem alle Liegenschaften mit einer Hausordnung aus, welche energierelevante Aspekte berücksichtigt.	Das Energieleitbild wird umgesetzt. Sämtliche Neubauten werden im Minergie-Standard gebaut, Sanierungen werden im Minergie-Standard vorgenommen, falls dies technisch machbar und finanziell vertretbar ist. Alle Liegenschaften verfügen über eine Hausordnung, welche energierelevante Aspekte berücksichtigt.	HBA
Wirkung extern	Energierichtplanung	Die Energierichtplanung findet Eingang in den Richtplan des Kantons Solothurn.	Im überarbeiteten Richtplan des Kantons Solothurn existiert ein Kapitel zu räumlichen und qualitativen Aspekten der Energieversorgung. Dieses macht Aussagen über die zurzeit verwendeten Arten von Energieträgern und über die anzustrebende zukünftige Entwicklung.	ARP/ Energiefachstelle
	Energieleitbild	Die Ausarbeitung von Energieleitbildern in Gemeinden, Städten und Regionen wird koordiniert und gefördert.	Jährlich erarbeiten 4–5 neue Gemeinden ein Energieleitbild oder nehmen das Thema Energie im Gemeindeleitbild auf.	Energiefachstelle
	Erneuerbare Energien	Produktions- und Nutzungspotenzial für erneuerbare Energien regional abschätzen. Förderprogramm Energieeffizienz/Erneuerbare Energien.	Die Menge produzierter und genutzter erneuerbarer Energieträger sowie potenzielle Abnehmer sind eruiert. Die Menge der genutzten erneuerbaren Energieträger nimmt zu.	Energiefachstelle

5.3 Raumentwicklung und Verkehr

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung intern	Mobilitätsmanagement	Mobilitätsmanagement in der kantonalen Verwaltung: – Parkraumbewirtschaftung – Umsetzung Luftmassnahmenplan AfU – Förderung Velo- und Fussverkehr („Langsamverkehr“) – Förderung ÖV–Benützung (z.B. Mitarbeiter–GA’s) – Car Sharing (z.B. Mobility) – Fahrgemeinschaften (z.B. Ride Share)	Die kantonale Verwaltung verfügt über ein umfassendes Programm „Mobilitätsmanagement“ und setzt dieses um.	AVT/AfU Ganze Verwaltung
	Nachhaltigkeitsaspekte in der Ortsplanung	Das Amt stellt den Gemeinden eine Arbeitshilfe zur Erarbeitung der Ortsplanungsrevision zur Verfügung, in welcher die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt sind. Im Raumplanungsbericht machen die Gemeinden Aussagen über die Auswirkung ihrer Ortsplanung auf die Dimensionen.	Im Raumplanungsbericht bzw. im räumlichen Leitbild der Gemeinden liegen nachvollziehbare Aussagen über die Auswirkung der Ortsplanung auf die Nachhaltigkeitsdimensionen vor.	ARP
Wirkung extern	Nachhaltigkeitsbeurteilung bei KABUW–Projekten	Nachhaltigkeitsrelevante KABUW–Projekte werden einer Nachhaltigkeitsbeurteilung (z.B. Nachhaltigkeitskompass) unterzogen. Alle involvierten Ämter füllen die Checkliste aus. Sie werden bei Bedarf durch das ARP oder die Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 Kt. SO begleitet. Die Resultate werden der KABUW als Entscheidungsgrundlage unterbreitet.	Die Nachhaltigkeitsbeurteilung wird angewendet, die Projekte werden mit Hilfe der Beurteilung ggf. optimiert. Bei Bedarf erhalten die Ämter durch das ARP oder die Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 Kt. SO professionelle Unterstützung.	BJD
	Nachhaltigkeitsbeurteilung bei Kantonsratsvorlagen	Nachhaltigkeitsrelevante Kantonsratsvorlagen sind durch das federführende Amt einer Nachhaltigkeitsbeurteilung zu unterziehen.	Nachhaltigkeitsbeurteilung wird bei relevanten Vorlagen durchgeführt.	SK (Leadamt) ARP (fachliche Unterstützung) Ganze Verwaltung
	Regionalentwicklung	Der Kanton fördert die Zusammenarbeit von Gemeinden in funktionalen Räumen / Regionalplanungsräumen. Die räumliche Abgrenzung, Entwicklungsziele und mögliche Massnahmen werden gemeinsam mit den Regionen erarbeitet und im Richtplan festgelegt.	Funktionale Räume werden im kantonalen Richtplan definiert. Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik wird die Zusammenarbeit von Gemeinden in funktionalen Räumen thematisiert und gefördert.	ARP (Richtplan) AWA (NRP)

5.4 Wirtschaft, Produktion und Konsum

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung intern	Effizienzsteigerung	Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ämtern. Wo sinnvoll vermehrte Bildung von ad hoc-Arbeitsgruppen.	Die Ämter bilden bei amtsübergreifenden Themen ad hoc-Arbeitsgruppen.	SK
		Schaffung einer einfachen Checkliste für den Umgang mit Dokumenten, Migrationen, E-Mail-Signaturen. Eine RRB-Weisung mit den Spielregeln (heruntergebrochen auf den Arbeitsplatz) unterstützt die Umsetzung.	Es besteht eine einfache Checkliste für den Umgang mit Dokumenten, Migrationen, E-Mail-Signaturen. Die Checkliste ist allen Verwaltungsangestellten bekannt. Es besteht eine RRB-Weisung mit den Spielregeln.	SK
		Mit einer Sensibilisierungsaktion soll der Umgang mit E-Mails verbessert werden (kopieren/zirkulieren, statt x-fach schicken, Optimierung der E-Mail-Kultur, etc.).	Es wird eine Sensibilisierungsaktion durchgeführt.	SK
		Es werden Kurse zum Thema Arbeitsmethodik und andere, bedürfnisorientierte Kurse angeboten, dies in Kombination mit den Kursen zu den neuen Umgebungen.	Es besteht ein Kursangebot zu Arbeitsmethodik, neuen Umgebungen und anderen relevanten Themen.	PA
	Mitarbeitendenzufriedenheit	Erfassen der Mitarbeitendenzufriedenheit, Formulieren und Einleiten von Massnahmen zu deren Verbesserung.	Mitarbeitendenzufriedenheit ist erfasst, Umsetzungs-massnahmen sind formuliert und eingeleitet.	PA
	Ausbildungsangebot für Lernende	Das bestehende Ausbildungsangebot für Lernende wird mit zusätzlichen Rotationsplätzen bedarfsgerecht ausgebaut.	Das Angebot an Rotationsplätzen für Auszubildende in der Verwaltung nimmt zu.	PA
	Beschaffungswesen: Fahrzeuge, Geräte, Büromaterial, Mobiliar	Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung von Fahrzeugen formuliert und angewendet. RRB 2009/1592 wird umgesetzt. Dort wird festgehalten, dass „unter den in Frage kommenden Fahrzeugen grundsätzlich ein Fahrzeug mit der besten Energieetikette anzuschaffen ist“.	Reduktion Treibstoffverbrauch absolut, Reduktion spezifischer Treibstoffverbrauch.	AfU MFK
		Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung von Geräten formuliert und angewendet.	Die kantonale Verwaltung beschafft ihre Geräte nach Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung.	AIO/HBA
		Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Büromaterialbeschaffung angewendet.	Die kantonale Verwaltung beschafft ihre Büromaterialien nach Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung.	KDLV
		Es werden Nachhaltigkeitskriterien für die Mobiliarbeschaffung formuliert und angewendet.	Die kantonale Verwaltung beschafft ihr Mobiliar nach Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung.	HBA
	Investitionen	Prüfen der Wirtschaftlichkeit von Investitionen.	Sämtliche Investitionen im Bereich der Projekt- und Immobilienentwicklung werden einer Wirtschaftlichkeitsprüfung (Variantenvergleich) unterzogen.	HBA
	Teilzeitarbeit	Schaffen zusätzlicher Teilzeit-Jobangebote.	Zunahme der Teilzeit-Arbeitsplätze.	PA

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung int./ext.	Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze	Schaffung von Lehrstellen inner- und ausserhalb der Verwaltung. Schaffung von Praktikumsplätzen und von Arbeitsplätzen für Berufseinsteiger. Schaffung niederschwelliger Arbeitsplätze.	Zunahme der Lehrstellen, Praktikums- und niederschwelligen Arbeitsplätze inner- und ausserhalb der Verwaltung.	ABMH
Wirkung extern	Nachhaltige Finanzpolitik	Der NFA wird mittels Nachhaltigkeitbeurteilung hinsichtlich der Übereinstimmung mit anderen Politiken geprüft.	Es liegt eine Nachhaltigkeitsbeurteilung über den NFA inklusive Aussagen über Widersprüche mit anderen Politiken und Ansätze für eine Optimierung des NFA vor.	AGEM

5.5 Nutzung natürlicher Ressourcen

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung intern	Wasserverbrauch	Der Wasserverbrauch wird erfasst und wenn immer möglich mit gezielten Massnahmen vermindert. Das HBA erfasst die Daten, das AfU berät andere Amtsstellen in Fragen des Wassersparens.	Für jedes Jahr sind die Verbrauchs-Daten erfasst. Mindestens eine Massnahme zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde umgesetzt. Der absolute Wasserverbrauch reduziert sich.	HBA AfU Ganze Verwaltung
	Papierverbrauch	Der Papierverbrauch wird erfasst und wenn immer möglich mit gezielten Massnahmen vermindert.	Für jedes Jahr sind die Verbrauchs-Daten erfasst. Mindestens eine Massnahme zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs wurde umgesetzt. Der absolute Papierverbrauch reduziert sich.	KDLV AfU Ganze Verwaltung
Wirkung extern	Schutz des Waldbodens vor Verdichtung	Umsetzungsprogramm zur Vermeidung/ Verminderung der Bodenverdichtung	Die Forstunternehmer und Maschinenführer werden regelmässig geschult, mindestens 90% der Betriebsleiter und der Forstunternehmer/Maschinenführer im Kt. Solothurn haben einen Kurs besucht.	AWJF AfU
	Artenvielfalt	10-Jahresprogramm zur Förderung der Biodiversität im Wald in Ergänzung zum MJPNL.	Aufgewertete Waldfläche zu Gunsten der Biodiversität.	AWJF ARP

5.6 Sozialer Zusammenhalt, Demografie und Migration

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung extern	Eigenverantwortung - Prävention	Ursachen einer sozialen Gefährdung oder Notlage bekämpfen; Handlungskompetenz stärken, indem Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz des Individuums erhöht werden.	Gesamtsumme der Aufwendungen für soziale Bedarfsleistungen nimmt ab. Kriminalitätsquote nimmt ab.	ASO Gesamte Verwaltung
		Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe attraktiver ausgestalten	Anzahl Freiwillige, Anzahl geleisteter Stunden, Anzahl Gruppen nehmen zu.	
	Chancengerechtigkeit	Gleichstellung von Mann und Frau verbessern	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist gewährleistet.	
		Elternbildung ausbauen; Kinder aus gefährdeten Familien fördern (frühkindliche Bildung)	Anzahl der Mittelschul- und Berufsschulabschlüsse nimmt zu.	
		Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern	Anzahl Kinderbetreuungsplätze nimmt zu.	
	Integration	Ausländischen Staatsangehörigen die deutsche Sprache/Mundart, die Grundkompetenzen und die Grundwerte unserer Gesellschaft vermitteln	Anzahl Integrationsvereinbarungen nimmt zu. Bürgerrechtsquote nimmt zu.	
		Menschen mit Behinderungen in die Lage versetzen, ihr Leben weitgehend eigenständig zu führen	Wahrnehmungen von Behindertenorganisationen; Evaluationsberichte aus Institutionen	
	Partizipation	Aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen	Abstimmungs- und Wahlquote nimmt zu.	
	Demographischer Wandel	Solidarität zwischen den Generationen garantieren	Erkenntnisse aus dem periodischen Sozialbericht	
		Migranten und Migrantinnen integrieren	Erkenntnisse aus dem periodischen Sozialbericht	
		Gesundheitsförderung im Alter und häusliche Pflege ausbauen, um Pflegeheimenintritte zu verhindern, hinauszuzögern bzw. zu verkürzen.	Heimplanung	
	Armut und soziale Ausgrenzung - Solidarität	Verteilungsgerechtigkeit steigern	Erkenntnisse aus dem periodischen Sozialbericht	
		Sozialversicherungen, gemeinwirtschaftliche Leistungen und staatliche Unterstützungssysteme (Bedarfsleistungen) sicherstellen;	Arbeitslosenquote/Quote der Stellensuchenden nimmt ab.	
		In sozialen Notlagen helfen „Schwelleneffekte“ vermeiden	Sozialhilfequote nimmt ab.	
	Wirtschaftlichkeit	Soziale Dienstleistungen wirtschaftlich erbringen und soziale Institutionen wirtschaftlich führen	Verwaltungskosten nehmen ab.	

5.7 Öffentliche Gesundheit, Sport und Bewegungsförderung

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung intern	Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz	Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung wird eine Ernährungs-, Bewegungs- und Life-Balance-Beratung angeboten.	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet im Amt statt.	PA/GESA Ganze Verwaltung
		Ergonomie am Arbeitsplatz	Mindestens eine Beratung pro Jahr findet im Amt statt.	
		Die Kantonale Verwaltung nimmt weiterhin an Bike to Work teil.	Pro Jahr nehmen zusätzlich 10 Personen an Bike to Work teil.	
		Die Bildung von Sportgruppen, welche sich z.B. am Mittag treffen, wird gefördert.	Anzahl Sportgruppen und teilnehmende Personen, welche sich regelmässig zum Sport treiben treffen, nehmen zu.	
		Gesundheitsaspekte werden regelmässig kommuniziert, beispielsweise im so!pin, in einem LA21-Newsletter speziell für die kantonale Verwaltung oder auf einer noch zu schaffenden LA21-Plattform im Intranet.	Gesundheitsaspekte im Zusammenhang mit der Arbeit werden regelmässig kommuniziert.	
Wirk. int./ext.	Gesundheit der Bevölkerung	Fördern von Bewegung und Sport im ausserschulischen Bereich.	Zunahme ausserschulischer Sport- und Bewegungsangebote.	AKS, GESA
		Sensibilisieren der Bevölkerung zu den Themen Ernährung und Bewegung	Die Bevölkerung kennt bestehende Projekte und weiss, welche Beratungsangebote vorhanden sind. Die Bevölkerung kennt die Bedeutung von gesunder Ernährung und genügend Bewegung. Besonders vulnerable Gruppen (wie z.B. Migrationsbevölkerung) können erreicht werden.	GESA
		Fördern von gesunder Ernährung und Bewegung in öffentlichen Institutionen, die Kinder und Jugendliche betreuen, wie z.B. Kinderkrippen, Mittagstischen, Schulkantinen, Schulen etc.	Öffentliche Institutionen sind für die Thematik sensibilisiert und setzen dafür konzipierte Projekte um.	GESA
		Sensibilisieren und Weiterbilden von Fachpersonen und Multiplikatoren in den Bereichen Ernährung und Bewegung	Fachpersonen und Multiplikatoren sind kompetente Ansprechpersonen für die Eltern und kennen die bestehenden Projekte und Angebote	GESA

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter 2011 – 2014
Wirk. int./ext.	Gesundheit der Bevölkerung	Schaffen von Angeboten im Bereich Gesundheitsförderung im Alter (Personen ab 65) in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen (Pro Senectute, Spitex etc.)	Durch gesundheitsfördernde Massnahmen in den Bereichen Ernährung und Bewegung soll die Selbständigkeit im Alter erhalten bleiben.	GESA
		Informieren, Aufklären und Sensibilisieren der Bevölkerung für die Thematik ‚psychische Gesundheit‘ im Rahmen diverser Projekte und Veranstaltungen.	Die Bevölkerung ist besser informiert über verschiedene psychische Erkrankungen und weiss, wo sie im Notfall Hilfe bekommt und welche Behandlungsangebote im Kanton vorhanden sind. Psychisch Kranke werden weniger stigmatisiert und Vorurteile können abgebaut werden. Psychische Erkrankungen werden früher als solche erkannt und entsprechend behandelt. Die Bevölkerung ist sensibilisiert für die Thematik	GESA
		Sensibilisieren und Weiterbilden von Fachpersonen und Multiplikatoren im Bereich psychische Gesundheit	Fachpersonen und Multiplikatoren sind sensibilisiert für die Früherkennung von psychischen Erkrankungen und kennen die entsprechenden Versorgungsangebote im Kanton Solothurn. Die Fachpersonen und Multiplikatoren bilden ein Netzwerk, das in regelmässigem Austausch steht.	GESA

5.8 Öffentliche Sicherheit

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung extern	Prävention und Verhütung	Verhütet Unfälle und Straftaten durch Information und andere geeignete Massnahmen.	Anzahl der Unfälle und Straftaten nimmt ab.	ASO Polizei
	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Gewährleistet eine hohe subjektive und objektive Sicherheit der Bevölkerung, wehrt Gefahren ab und beseitigt Störungen mit sichtbarer Präsenz im öffentlichen Raum.	Abnahme der Anzeigen betreffend Störungen im öffentlichen Raum.	ASO Polizei
	Strafverfolgung	Bekämpft vor allem schwere Gewaltdelikte und erreicht eine hohe Aufklärungsrate von Straftaten.	Aufklärungsrate von Straftaten steigt.	ASO Polizei
	Verkehr auf öffentlichen Strassen und Gewässern	Hält hohe Verkehrssicherheit.	Unfälle auf Strassen und auf dem Wasser nehmen ab.	ASO Polizei

5.9 Bildung, Forschung und Innovation

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
Wirkung extern	Lehrplan 21	Die Kantonale Verwaltung setzt sich dafür ein, dass dem Lehrplan 21 baldmöglichst zugestimmt wird. Danach soll dieser in der Nordwestschweiz koordiniert eingeführt werden.	Dem Lehrplan 21 wird zugestimmt, er wird koordiniert eingeführt.	DBK
	Gemeindezusammenarbeit	Die Gemeindezusammenarbeit im Bildungswesen (Sek 1–Reform) wird evaluiert.	Evaluationsbericht über die Gemeindezusammenarbeit im Bildungswesen liegt vor.	AVK

5.10 Kultur

	Zielbereich	Aktivitäten	Indikator	Leadamt Beteiligte Ämter
	In diesem Zielbereich wurden bisher keine Aktivitäten formuliert.			AKS

Anhang I:

Umgesetzte Massnahmen 2008-2010

Amt für Raumplanung ARP

- Schwerpunktprogramm Nachhaltige Entwicklung 2009-2011 genehmigt
- Räumliche Entwicklungsleitbilder: Arbeitshilfe liegt vor
- Nachhaltigkeitsbeurteilungen (NHB)
 - NHB von KR-Vorlagen (RRB 2009/2293)
 - NHB ausgewählter KABUW-Projekte
- Regionale Zusammenarbeit: Regionale Trägerschaften für Umsetzung Aggloprogramme geplant
- Gesundheit der Mitarbeitenden und umweltfreundliche Mobilität: Teilnahme Aktion „bike to work“

Amt für Verkehr und Tiefbau AVT

- Emissionsarme Fahrzeugflotte und Geräte
 - Fahrzeugneuanschaffungen nur mit Standard Euro 5 und Partikelfilter
 - Winterdienst: Reduktion Salzverbrauch um 20 Prozent
- Mobilität
 - Einführung Integraler Tarifverbund A-Welle mit neuem Tarif-system und Gebietserweiterung (Thal+ Oberaargau)
 - Teilnahme an Aktion „bike to work“ (gesamte kantonale Verwaltung)
 - Mitarbeit beim Programm so!mobil
 - Mitarbeit beim Projekt Parkraumbewirtschaftung kantonale Verwaltung

Amt für Gemeinden AGEM

- Tätigkeiten im Bereich Regionale Zusammenarbeit
 - Es wurde eine kantonale Koordinationsstelle für Gemeindefusionen geschaffen und dem Amt für Gemeinden angegliedert. Diese Ansprechstelle begleitet die Gemeinden durch Fragen und Probleme, die während des Prozesses auftreten können und setzt sich bei anderen Amtsstellen für fusions-freundliche Lösungen ein.
 - Diverse Fusionsprojekte unter Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden wurden initialisiert und durch das Amt begleitet. (Messen, Riedholz-Niederwil, Olten plus, Lüsslingen-Nennigkofen, Steinhof, Solothurn und Umgebung, Unterer Bucheggberg, diverse Bürgergemeinden)
 - Zusätzliche Fusionsanreize bei strukturschwachen Gemeinden (SSG).
 - Das Amt für Gemeinden beteiligt sich zusammen mit dem Amt für Raumplanung an der Erarbeitung des Konzeptes "Regionale Trägerschaften" und übernimmt 1/3 der Projektkosten.
- Amtsinterne Massnahmen
 - Das Amt für Gemeinden führt regelmässige Mitarbeitertreffen durch, welche jeweils aus einem Informationsteil und einem gesellschaftlichen Teil bestehen.
 - Verbesserung der Infrastruktur der Amträumlichkeiten zum Nutzen der Kunden und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
 - Förderung eines offenen Klimas auf allen Stufen, in welchem die Mitarbeitenden ernst genommen werden und ihre Anliegen einbringen können.

Amt für Kultur und Sport AKS

- Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze
- Anstellung eines behinderten Lehrlings
- Mitarbeit beim Programm „geschützter Arbeitsplatz“
- Mitarbeitendenzufriedenheit
- Gesundheit der Bevölkerung/Mitarbeitenden
- Förderung der lokalen Bewegungs- und Sportnetze

Amt für Landwirtschaft ALW

- Vorgeschlagene Energiesparmassnahmen des HBA wurden am BZ Wallierhof umgesetzt.
- Der Wallierhoftag vom 28. August 2010 wurde dem Thema Biodiversität gewidmet (Sonderausstellung).
- Die Forschungsanstalt ART ermittelte im Auftrag des ALW, AWJF und des AWA das Potenzial der erneuerbaren Energien in der Solothurner Landwirtschaft.
- Projekte mit Partnern im Rahmen der Ressourcenprogramme ARES, BORES und der ÖQV

Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA

- Energie
 - Fördert die Nutzung erneuerbare Energie
 - Setzt sich für einen effizienten Energieeinsatz ein
- Wirtschaft
 - Setzt sich für eine florierende Wirtschaft ein
 - Setzt sich für Vollbeschäftigung ein
- Soziales
 - Setzt sich für Mindestlöhne und ArbeiterInnenschutz ein (Arbeitszeit, Schwarzarbeit, Arbeitsbedingungen, etc.)
 - Setzt sich für Arbeitssicherheit ein
- Interne Aktivitäten sind nicht geplant

Amt für Wald, Jagd und Fischerei

- Holzenergie
 - Das Holzenergiekonzept wurde per 2009 aktualisiert (aktueller Energieholzverbrauch, aktuelles Energieholzpotenzial, Förderkonzept 2010-19)
 - Unter Federführung des Amtes für Landwirtschaft wurde der Bericht „Regenerative Energieproduktion in der Solothurner Landwirtschaft“ erstellt
- Schutz des Waldbodens vor Verdichtung
 - Mit der Fachstelle Bodenschutz des AfU wurde ein Programm für die nächsten Jahre erarbeitet, welches die notwendigen Instrumente für einen wirksamen Schutz des Waldbodens aufzeigt
- Regionale Zusammenarbeit
 - Keine bereichsübergreifenden Geschäfte, Verbesserungen im Bereich der Forstbetriebe / Forstbetriebsgemeinschaften

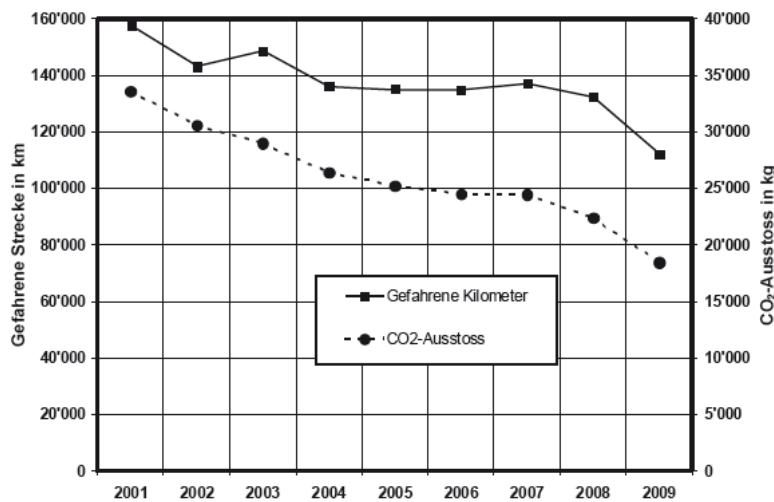
Gesundheitsamt

- 2009-2012 Aktionsprogramm Gesundes Körpergewicht in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung CH: diverse Ernährungs- und Bewegungsprojekte für 0-12-Jährige.
- Gesundheitsförderung im Alter in Zusammenarbeit mit Pro Senectute
- Aktionstage Psychische Gesundheit seit 2009: Prävention, Information, Aufklärung im Bereich psychische Erkrankungen
- ab Februar 2011: Solothurner Bündnis gegen Depression

Amt für Umwelt

Energie & Klima:

- Überwachung Energieverbrauch (Öl / Strom)
 - Jährliche Bilanz an Amtsleitung (Strom: pro Stockwerk)
- Mobilitätsmanagement
 - Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge
 - Benutzung ÖV so oft wie möglich (eigene AfU-GA's)
 - Anschaffung von „Dienstvelos“
 - „Mobility-Jackpot“ als Belohnung für „emissionsarmen Arbeitsweg“
 - Jährliche Bilanzierung CO₂-Ausstoss AfU-Fahrzeuge



Ressourcenschutz:

- Papierverbrauch
 - Verwendung von Recyclingpapier (im Hauptfach jedes Druckers)
 - Doppelseitiger Druck (Fixeinstellung jedes Druckers)
 - Überwachung Papierverbrauch und jährliche Bilanz an Amtsleitung
- Wasserverbrauch
 - Überwachung Wasserverbrauch und jährliche Bilanz an Amtsleitung
- Abfall
 - Überwachung Abfallmenge (Kategorien: Altpapier: Karton, Hauskehricht) und jährliche Bilanz an Amtsleitung

Soziales:

- Jährliche Befragung der Mitarbeitenden-Zufriedenheit (mit Projektportfolio für Massnahmen zur Verbesserung der Zufriedenheit)
- Praktikanten-Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen
- 2 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung (allerdings nur bis Sommer 2010)

Hochbauamt

Grundlagen

- KBOB -Umweltmanagement von Hochbauprojekten
- Energieleitbild Hochbauamt des Kantons Solothurn

Energie & Mobilität

- Energetische Optimierung (Energiebedarf, Energieversorgung)
- Neubauten, der Minergie-Standard ist verbindlich, sofern dem nicht zwingende technische oder betriebliche Gründe entgegenstehen
- Umbauten/Sanierungen, gelten die Anforderungen der entsprechenden Minergie-Module..

Umwelt

- Biosphäre; extensive Begrünung von Flachdächern
- Gebäude & Bau
 - Nutzungsflexibilität; flexible und erweiterbare Grundrisse
 - Gebäudespezifische Unterhalts- und Reinigungskonzepte; Einsatz von umweltschonenden Produkten
 - Es sind Baumaterialien zu verwenden, deren Umweltauswirkungen im Materialkreislauf bekannt und gering sind.
 - Baustelle: Der Baustellenverkehr, die Baustelleneinrichtung, der Bauvorgang sowie die Entsorgung der Bauabfälle werden umweltgerecht gestaltet.
 - Boden: haushälterischer Umgang, Platz- und Gebäudeoptimierung
 - Regenwasser; Abfluss durch Retentionsmassnahmen senken und verzögern
 - Trinkwasserverbrauch senken, z.B. durch wasserlose Pissoirs

Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen

- Lehrstellen, Praktikums- und niederschwellige Arbeitsplätze. Wird in den Lehrbetrieben im Kanton gefördert.

Amt für soziale Sicherheit ASO

- Regelmässiger Check mit Profit, ob die gesetzten Nachhaltigkeitsziele nach der Nachhaltigkeitserklärung des ASO vom April 2008 erreicht wurden.
- Anwendung des Nachhaltigkeits-Check für politische Vorlagen seit seiner Einführung.
- Ein Gesundheitsförderungsprogramm für die Mitarbeitenden des ASO wurde entwickelt mit mittlerweile monatlichen Aktivitäten.